

Anfrage

Stadtrat Michael Obert (FDP/A)
Stadtrat Tom Hoyem (FDP/A)

vom: 22.12.2005

eingegangen: 23.12.2005

20. Sitzung des Gemeinderates am 24.01.2006

TOP 30

Vorlage Nr. 540

Öffentlich Nichtöffentlich

verantwortlich: Dez. 5

Institut für Transurane

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes:

Die geplante Erweiterung des Europäischen Instituts für Transurane war bisher nicht bekannt. Das Institut für Transurane ist eines von sieben Forschungsinstituten der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission (GFS). Als Referenz-Zentrum für Forschung und Technologie unterstützt die Gemeinsame Forschungsstelle die politischen Entscheidungen der Europäischen Union. Das ITU ist eine von kommerziellen oder nationalen Interessen unabhängige, eigenständige Einrichtung auf dem Gelände des Forschungszentrums Karlsruhe.

Es verfügt über eine vierzigjährige Erfahrung im kerntechnischen Bereich und eine solide Basis in der Grundlagenforschung zu physikalischen und chemischen Eigenschaften von Aktiniden (hoch radioaktiven Elementen). Seine Fachleute haben Zugang zu zahlreichen Anlagen der Spitzenforschung, von denen viele (europaweit gesehen) nur dort zur Verfügung stehen.

Innerhalb der Kommission liefert das ITU den politischen Entscheidungsträgern wesentliche Unterstützung, insbesondere in den Generaldirektionen (GD) Umwelt sowie Energie und Verkehr. Es arbeitet ferner im Bereich der EU-Erweiterung und der Außenbeziehungen, wobei mit kerntechnischen Anlagen in Mittel- und Osteuropa Fragen der nuklearen Sicherheit und der Sicherheitsüberwachung behandelt werden. Im Bereich Sicherheitsüberwachung und Nichtverbreitung von Kernwaffen arbeitet das Institut eng mit der Generaldirektion Energie und Verkehr der Kommission (Sicherheitsüberwachung Euratom), der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und der GD Außenbeziehungen zusammen.

Bei der geplanten Erweiterung handelt es sich um eine Erweiterung baulicher Art, um den inhaltlichen Aufgaben weiterhin unter den Anforderungen der gebotenen Sicherheit gerecht werden zu können und bestehende Anlagen auf den neuesten Stand der Technik zu bringen.

Formatänderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig!

Mit Unterstützung der Bundesregierung in Berlin und der Landesregierung in Stuttgart wurden über die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission (GFS) hierfür insgesamt 30 Millionen Euro für die Jahre 2007 bis 2013 des EU-Haushaltes beantragt.

Der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, Professor Frankenberg setzt sich bereits aktiv für den Antrag der ITU ein. Der Antrag liegt derzeit in Brüssel. Die Budgetverhandlungen für das 7. Rahmenprogramm sind jedoch noch nicht endgültig verabschiedet.

Das ITU hat zugesagt, den Sachstand zu klären und eine mögliche Unterstützung durch die Stadt zu eruieren. Weitergehende Informationen von der ITU liegen derzeit nicht vor. Das Bürgermeisteramt ist bereit, seinerseits unterstützend tätig zu werden, sobald entsprechende Hinweise vorliegen.